

Vortrag von Herrn Dr. Heribert Prantl

„König Midas lebt – Die Ökonomisierung der Lebenswelt“

Als vor drei Jahren mein Vater im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Regensburg im Sterben lag, ging ich dort jeden Tag an dem Porträt eines lächelnden Mönches vorbei. Es zeigte den Frater Eustachius Kugler. Ab und zu blieb ich ein wenig sinnierend vor dem Bildnis dieses Mannes stehen, über den in den Gottesdiensten meiner Kindheit oft gepredigt worden war. Dieser Frater Eustachius, so der Ordensname, wurde 1867, also in dem Jahr, in dem Karl Marx den ersten Band seines Werkes „Das Kapital“ herausgab, als Seppel, als sechstes Kind der Kleinlandwirts-Eheleute Kugler in meinem Heimatort geboren. Er war von 1925 bis zu seinem Tod im Jahr 1946 Provinzial der Barmherzigen Brüder in Bayern und hat die großen Krankenhäuser seines Ordens gebaut.

Und weil in den sechziger Jahren, als ich ein Ministrant war, im Vatikan der Prozess zur Seligsprechung dieses Fraters Eustachius Kugler eingeleitet worden war, habe ich damals in meiner katholischen Pfarrei viel von ihm gehört. In der Erinnerung geblieben ist mir vor allem eines: Dass Eustachius in seinen Krankenhäusern die „klassenlose“ Krankenpflege angeordnet hat. Dem Oberkrankenpfleger gab er als Provinzial die Weisung: „Tut mir vor allem die armen, die bedürftigen Schwerkranken pflegen, um die sich sonst niemand recht kümmert. Wenn ein Bischof oder sonst ein höherer Würdenträger als Patient kommt, dann braucht man nicht so zu laufen, weil genug andere da sind, die sie schon in jeder Hinsicht betreuen!“ Das hat mir schon damals, als Ministrant in Nittenau in der Oberpfalz, recht imponiert – und der Satz gefällt mir heute immer noch.

Welche Anweisung der Ordensmann wohl heute geben würde? Würde er seine Ärzte auffordern, nicht auf das Alter der Patienten als Behandlungsmaßgabe zu starren? Würde er sie ermahnen, die Hochbetagten nicht als Menschen dritter Klasse zu betrachten. Würde er sein Krankenhaus-Management davor warnen, die Gewinnerzielung zur allein handlungsleitenden Kategorie zu machen? Womöglich hielte er seinem Verwaltungschef eine Predigt darüber, was das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter heute besagt. Womöglich würde er in einem Rundschreiben vor dem „Verlust des Mitgefühls“ warnen und vor einer Entwicklung, in der das Geld nicht mehr ein Mittel zum Zweck der Versorgung von Kranken ist, sondern die Versorgung von Kranken ein Mittel ist zum Zweck der Gewinnerzielung.

Und womöglich würde dann der Verwaltungschef dem Frater Eustachius folgendes antworten: „Lieber Provinzial, das haben Sie zwar schön gesagt, aber mit Mitgefühl allein schreiben wir hier im Krankenhaus rote Zahlen, und die Wahrheit ist leider die, wie Bert Brecht in der Drei-Groschen-Oper so formuliert hat: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“. Und dann würde der Ordens- und Gottesmann Eustachius wohl furchtbar zornig werden und sagen, dann könne man ja selbst in einem kirchlichen Krankenhaus statt ein Kreuz künftig ein Bild von König Midas in die Krankenzimmer hängen.

Der alte König Midas ist ein Repräsentant unserer Zeit. Er ist sozusagen der Schutzheilige des Neoliberalismus, der Schutzpatron der Ökonomisierung und der Rationalisierung.

Betriebswirtschaftliche Rationalität ist an die Stelle der Ratio, der Vernunft der Aufklärung, getreten. Man nennt das Rationalisierung. Sie ist die Rückbeförderung des arbeitenden Menschen in die Unmündigkeit. Zu diesem Zweck bedienen sich die Unternehmen sogenannter Unternehmensberatungen, die das, was auch

jeder Pförtner weiß, in die Sprache der Banken übersetzt: Dass man sich das Geld für 300 Leute spart, wenn man 300 Leute freisetzt. Eine solche Entlassung gilt als unternehmerische Leistung. Die eingesparten Kosten fallen in letzter Instanz auf das Gemeinwesen, auf den Steuerzahler. 30jährige Bubis der Betriebswirtschaft, auf deren Laptop es kein Programm für „soziales Kapital“ gibt, bestimmen über Wohl und Wehe. So ökonomisiert und rationalisiert werden ja heute nicht nur Wirtschaftsbetriebe, sondern auch Universitäten, Kinderläden, Schwimmbäder, Bibliotheken - und Krankenhäuser, auch psychiatrische Kliniken, auch Alten- und Pflegeheime. Die Ökonomisierung meint dabei nicht einfach Wirtschaftlichkeit, „sondern die Tendenz zur Überformung der Daseinsorientierung durch ökonomische Kalküle und Ziele, vermittelt über tatsächliche oder vermeintliche wirtschaftliche Zwänge“ (Arne Manzeschke).

Der Neoliberalismus glaubt ja, er könne auch noch aus einem Gefängnis ein Profit-Center machen. Er glaubt, dass die Summe der rationalisierten Betriebe sich zu einem wunderbaren Standort und zum Wohlstand des Gemeinwesens fügt. Es ist dies wohl ein Midas-Glaube. Midas ist das Urbild der Rationalisierer.

Midas, der König von Phrygien, wollte bekanntlich alles zu Gold machen, und wäre daran fast zu Grunde gegangen. Er hatte sich, so geht die Sage, von Dionysos gewünscht, dass alles, was er berühre, zu Gold werde. Als Midas auf dem Heimweg einen Zweig streifte, einen Stein in die Hand nahm, Ähren pflückte, wurden Zweig, Stein und Ähren zu reinem Gold. Das gleiche geschah mit dem Brot, wenn er sich an den gedeckten Tisch setzte. Auch die Getränke und das mit Wein vermischte Wasser, das er sich in den Hals goss, wurden zu Gold. Midas lief Gefahr, vor Hunger und Durst zu sterben, so dass er schließlich Dionysos bat, ihn von dieser verhängnisvollen Gabe zu befreien. Der Gott befreite Midas durch ein Bad in einer Quelle, die seither Goldsand führt.

Ein solch befreiendes Bad für den Neoliberalismus steht noch aus. Der berauscht sich noch immer daran, alles zu Gold zu machen; er privatisiert die Wasserversorgung, er privatisiert das Schul- und Bildungswesen, er vermarktet die Gene von Pflanzen, Tieren und Menschen. Ihm fehlt die Erkenntnis, die Midas gerade noch rechtzeitig hatte. Diese Erkenntnis lautet: Man kann am eigenen Erfolg auch krepieren. Der Unterschied zwischen Midas und dem Neoliberalismus ist allerdings der, dass an der Sucht des Letzteren erst einmal die anderen krepieren. – Die eingesparten Arbeitskräfte, die Freigesetzten, die Entlassenen, die nutzlos Gemachten. Später leiden dann womöglich auch diejenigen, die man Kunden nennt. Neuerdings nennt man auch in den Krankenhäusern die Patienten immer öfter Kunden.

Der Staat sucht angesichts der gewaltigen Schulden der öffentlichen Hand sein Heil in der Privatisierung seiner Unternehmungen. Er lässt sich, wenn es etwa um die Deutsche Bahn geht, nicht davon irritieren, dass die British Rail seit ihrer Privatisierung immer häufiger neben den Gleisen fährt und die Briten sich dringend die Rückverstaatlichung wünschen. Nicht von ungefähr ereignete sich der große Blackout bei der Londoner U-Bahn etwa 1 ½ Jahre nach der Privatisierung von deren Stromversorgung.

Über den Börsengang der Deutschen Bahn gibt es immerhin große Debatten in der Öffentlichkeit. Vergleichbare Debatten hat es darüber, dass Krankenhäuser und Pflegeheime an der Börse notiert sind, nie gegeben. Was zählt dann mehr: Die Bedürfnisse des Shareholders oder die der Patienten?

„Pflege und Krankheit sind nicht börsen- und renditefähig“, sagt der Münchner Pflegekritiker Claus Fussek. Die Praxis lehrt aber anderes: Das an der Börse notierte Rhön-Klinikum z.B. besitzt 45 Kliniken mit 14.620

Betten an 34 Standorten in 8 Bundesländern und macht respektable Gewinne. Die deutsche Krankenhauslandschaft ist im Umbruch. Ländern und Kommunen fehlt das Geld für Investitionen. Fast 30 Milliarden Euro soll der Stau mittlerweile betragen. Die kommunalen Kliniken kommen aus den roten Zahlen nicht mehr heraus. Über 120 Häuser wurden in den vergangenen 5 Jahren geschlossen. Bis zum Jahr 2020 wird nach einer Studie jede 4. der derzeit 2.200 Kliniken verschwunden sein. Es sind vor allem die Klinikketten wie Asklepios, Rhön-Klinikum, Sana, Helios oder Ameos-Holding Zürich, die kaufen und investieren und den Kommunen vormachen, wie man defizitäre Krankenhäuser in florierende Unternehmen verwandelt. Länder und Kommunen sehen angesichts ihrer leeren Kassen in der Privatisierung ihre letzte Rettung, manche Kliniken werden zu Dumpingpreisen verkauft. Die Fragen liegen auf der Hand: Wird in der Folge das Behandlungsspektrum eingeschränkt, nicht insgesamt, aber für langwierige, teure Krankheiten? Sind die Notarzdienste rund um die Uhr in Gefahr? Die Aktionäre wollen ja Geld sehen. Wo bleibt die Daseinsvorsorge, zu der der Staat verpflichtet ist, wenn sie Angebot, Nachfrage und Rentabilität angepasst wird? Wo bleiben Arme, Alte und chronisch Kranke, Behinderte?

Nun muss man nicht so tun, als ob bis gestern Gesundheitswesen und Pflege nur von bedürfnislosen Samaritern bevölkert gewesen sei. Und als ob so eben eine feindliche Übernahme durch Leute stattfindet, die mit ihrem schweren Geldbeutel auf Kranke werfen. Natürlich ist im Gesundheitswesen auch immer verdient worden – vielleicht von anderen Leuten als heute, und vielleicht mit anderen Methoden als heute.

Es heißt, das Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesen leide noch immer am fehlenden oder zu eingeschränkten Wettbewerb. Die Frage ist freilich, ob es nicht eher daran leidet, dass es ein Markt ist, an dem zuallererst verdient werden will. Gesundheit hat ja nicht nur mit körperlicher Intaktheit zu tun, nicht nur mit Pillen und Skalpell, sondern auch mit der Psyche: mit Vertrauen, Selbstvertrauen, Ängsten, Lebensunsicherheiten. Unser Gesundheitssystem krankt wohl auch am mangelnden „Sich Kümmern“, denn dies wird nicht bezahlt, bezahlt wird eine möglichst hohe Zahl von „Nummern“ auf der Aufruffafel. Und es krankt an der Konkurrenz zwischen Ärzten, Labors und Krankenhäusern. Konkurrenz steht oft an Stelle der guten Kooperation, die Kosten sparen und dem Patienten das Gefühl vermitteln könnte, dass alle gemeinsam bestrebt sind, ihm zu helfen.

Nach den Vorschlägen einiger Rationalisierer würde der deutsche Papst aus Altersgründen in seinem Heimatland bald nicht mehr jede medizinische Behandlung als Kassenleistung beanspruchen können. Die Befürworter von solchen Beschränkungen gehen fast automatisch davon aus, dass das Einsparen medizinischer Leistungen zwangsläufig auch Geld einsparen wird. Es scheint keiner weiteren Erklärung zu bedürfen, dass man Operationen der Menschen, die älter sind als 75, nur noch dann anbietet, wenn sie selbst dafür bezahlen. Dann bleiben, so lautet die simple Rechnung, den Kostenträgern die Summen, die man ansonsten für solche Operationen aufwenden müsste. Abgesehen von der ethischen Verwerflichkeit – das Argument stimmt nicht einmal ökonomisch.

Zum Beispiel eine Studie: Wenn über Fünfundsiebzigjährige für ihre verkalkten Herzkranzgefäße eine Bypass-Operation erhalten oder die verengten Stellen mit einem Ballon ausgedehnt werden, so ist dies bereits nach zwölf Monaten kostengünstiger, als wenn man lediglich Medikamente verabreicht, was vordergründig billiger zu sein scheint.

Das Starren auf das Alter als Behandlungsmaßgabe ist nicht nur ethisch höchst bedenklich, es kann auch ökonomisch ein schwerer Fehler sein. Bei der Ökonomisierung des Gesundheitswesens gerät offenbar sogar die Ökonomie unter die Räder.

Das ist nicht das Schlimmste. Schlimmer ist es, wenn die Gesundheit, wenn Leib und Leben unter die Räder geraten. Was ist, wenn Privatisierung lebensgefährlich ist? Vor einiger Zeit hat das Landgericht in Konstanz in ganz anderem Zusammenhang, nämlich im Zusammenhang mit der Privatisierung der Flugsicherung hierzu sehr warnende Sätze gesprochen. Es ging um die Flugzeugkatastrophe von Überlingen, zu der es gekommen war, weil die private Schweizer Flugsicherung versagt hatte. Das Urteil besagte: Der Staat kann sich nicht einfach hinausschleichen aus seiner Verantwortung für hoheitliche Aufgaben. Er kann nicht einfach seine Kernaufgaben, nur um Geld in die leeren Kassen zu schaufeln, an private Unternehmen verkaufen und sich damit von jeder Haftung freizeichnen. Der Staat kann zwar die Organisation seiner Unternehmen privatisieren, also private Organisationsformen wählen; er kann aber nicht die Verantwortung privatisieren.

In den vergangenen 15 Jahren konnte man eine eigenartige Beobachtung machen: Je mehr der Sozialstaat diskreditiert wurde, umso kälter wurde auch der Ton in den Betrieben – „das Soziale“ insgesamt verlor seinen Stellenwert. In den vergangenen 10, 15 Jahren tat man so, als sei für „das Soziale“ nur noch eine bestimmte Kaste von Samaritern (Kirche, Sozialarbeiter, die Caritas und die Lebenshilfe) zuständig. Ansonsten aber habe das Soziale nichts mehr zu melden, stattdessen hätten die Gesetze des Staates zu gelten.

Dazu wieder etwas sehr Persönliches: Zu den merkwürdigsten Abschnitten meines Lebens gehört der, den ich als Angestellter in Alfred Wunsiedels Fabrik zubrachte ... Ich hatte mich der Arbeitsvermittlung anvertraut und wurde mit sieben anderen Leidensgenossen in Wunsiedels Fabrik geschickt, wo wir einer Eignungsprüfung unterzogen werden sollten. Ich wurde als erster in den Prüfungsraum geschickt, wo auf reizenden Tischen die Fragebögen bereitlagen.

Erste Frage: „Halten Sie es für richtig, dass der Mensch nur zwei Arme, zwei Beine, Augen und Ohren hat?“ Hier erntete ich zum erstenmal die Früchte meiner mir eigenen Nachdenklichkeit und schrieb ohne zu zögern hin: „Selbst vier Arme, Beine und Ohren würden meinem Tatendrang nicht genügen. Die Ausstattung des Menschen ist kümmerlich.“

Zweite Frage: „Wie viele Telefone können Sie gleichzeitig bedienen?“ Auch hier war die Antwort so leicht wie die Lösung einer Gleichung ersten Grades: „Wenn es nur sieben Telefone sind“, schrieb ich, „werde ich ungeduldig, erst bei neun fühle ich mich völlig ausgelastet.“

Dritte Frage: „Was machen Sie nach Feierabend?“ Meine Antwort: „Ich kenne das Wort Feierabend nicht mehr – in meinem fünfzehnten Lebensjahr strich ich es aus meinem Vokabular, denn am Anfang war die Tat!“ Ich bekam die Stelle.

Es handelt sich, meine Damen und Herren, natürlich nicht um eine Episode aus meinem Lebenslauf, sondern um eine Geschichte, die Heinrich Böll schon vor Jahrzehnten geschrieben hat. Es könnte sich um die Beschreibung einer Prüfung bei einer Sozial- und Arbeitsagentur im Jahr 2010 handeln, vielleicht auch um den Einstellungstest für Verwaltungskräfte bei der Aneos-Krankenhausholding im Jahr 2012. Verlangt wird der grenzenlos flexible, unbeschränkt belastbare Arbeitnehmer, unglaublich gesund, unglaublich robust und leistungsfähig. Die Frage lautet: Wollen wir eine solche Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der es

überall zugeht wie in der Wunsiedler Fabrik – in der unbegrenzte Leistungsfähigkeit zählt und nichts sonst, in der der Marktwert zählt, in der der Wert des Menschen nur am Lineal der Ökonomie gemessen wird?

Die Frage ist nicht an den Haaren herbeigezogen. Der bloße homo faber ist Vergangenheit. Er war der Mensch der Moderne. In der Postmoderne reicht es nicht mehr, wenn der homo faber, der Mensch einfach arbeitet. Er muss ein homo faber mobilis sein. Er soll in höchstem Maß flexibel, mobil und anpassungsfähig sein. Seit langem wird daher so getan, als sei ein Mensch, wenn er keine Arbeit hat und auch keine kriegt, schlichtweg nicht ausreichend flexibel, mobil und anpassungsfähig. An der Arbeitslosigkeit ist also angeblich nicht zuletzt derjenige selbst schuld, der keine Arbeit hat – wäre er genügend mobil, flexibel und anpassungsfähig, wäre er also nicht zu bequem, dann hätte er ja Arbeit. Viele Wirtschaftsinstitute und Politiker verlangen daher den neuen Menschen, den homo faber novus mobilis, den Menschen also, der über seine Grenzen und Behinderungen hinauswächst. Verlangt wird der perfekte Mensch.

Im Gegensatz zu den Schnecken trägt der Mensch seine Behausung nicht mit sich herum. Und er hat, auch deshalb, weil er auch im Gegensatz zu den Schalenweichtieren kein Zwitter ist, andere soziale Bedürfnisse, die sich unter anderem darin äußern, dass er einen Lebenspartner sucht, eine Familie gründet, im Sport- oder Gesangsverein aktiv ist, dass seine Kinder zur Schule gehen und Freunde haben. Das setzt der ganz großen unentwegten Mobilität, der unbegrenzten Einsetzbarkeit und Verfügbarkeit, gewisse Schranken. Der „Wunsiedel-Mensch“, man kann ihn auch den Agenda-2010-Menschen nennen, ist offenbar anders: Er ist ein Mensch ohne Kinder, ohne Familie und ohne soziale Beziehungen.

Es ist leider so: Verantwortliche Sozialpolitik wird abgelöst vom Pater-Noster-Prinzip: Sie kennen diese schönen Aufzüge... Da ist es so: Der gesunde, gewandte und leistungsfähige Mensch kann aus den offenen Fahrkörben jederzeit ein- und aussteigen. Der Behinderte und Kranke kann ihn nicht benutzen. Er bleibt draußen, er wird nicht befördert.

Ein Sozialstaat ist ein Staat, der gesellschaftlichen Risiken, für die der einzelne nicht verantwortlich ist, nicht bei diesem ablädt. Er verteilt, weil es nicht immer Manna regnet, auch Belastungen. Aber dabei gilt, dass der, der schon belastet ist, nicht auch noch das Gros der Belastungen tragen kann. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der schon hat; er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Er schafft es, dass die Menschen trotz Unterschieden in Rang, Talenten und Geldbeutel sich auf gleicher Augenhöhe begegnen können. Der Sozialstaat ist der große Ermöglicher. Er ist mehr als ein liberaler Rechtsstaat, er ist der Handausstreckter für die, die eine helfende Hand brauchen.

„Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ – so steht es in der Präambel der schweizerischen Verfassung vom 18. April 1999. Das ist ein mutiger Satz, weil die Stärke eines Staates gern an ganz anderen Faktoren gemessen wird. Die einen bemessen die Stärke des Staates am Brutto-sozialprodukt und am Exportüberschuss. Die anderen reden dann vom starken Staat, wenn sie mehr Polizei, mehr Strafrecht und mehr Gefängnis fordern. Kaum jemand fordert den starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungleichheit zu beheben und etwas gegen die Langzeitarbeitslosigkeit zu tun. Kaum jemand sagt starker Staat, wenn er die Verknüpfung von Sozial- und Bildungspolitik meint. Kaum jemand redet von der Stärke eines Volkes, wenn es darum geht, Menschen mit geistiger Behinderung schulisch und beruflich zu integrieren. Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen. Das ist ein starker Satz, auch wenn es wohl so ist, dass schon die Bezeichnung Schwache infiziert ist von den Ausschließlichkeitskriterien der Leistungsgesellschaft.

Ich bin der Meinung: Der starke Staat ist ein Staat, der für Chancengleichheit sorgt; der sich um das Wohl der Schwachen kümmert und dabei allmählich lernt, dass die Schwachen gar nicht so schwach sind, wie man oft meint – und dann ihre Stärken, die Perfektion des Imperfekten, zu schätzen lernt. Nehmen wir die 100.000 Schülerinnen und Schüler, die Jahr für Jahr in Deutschland die Hauptschule ohne Abschluss verlassen. Die Hauptschule ist, anders als ihr Name Hauptschule sagt, nicht mehr Hauptschule, sondern Minderheitenschule, Schule der Bildungsverlierer, der Großstadtkinder alter Patchworkfamilien, aus der Familie mit Migrationshintergrund.

Wir können nichts, haben die Schüler im 5. Schuljahr einer Hauptschule in Bergisch-Gladbach ihrer neuen Klassenlehrerin gesagt, als sie aufschreiben sollten, was sie denn gut können. Wir können nichts. Viele Jugendliche und Kids in den Hauptschulen haben freilich Kompetenzen, die in der Schule wenig oder gar nicht honoriert werden. Kinder, die keinen Satz ordentlich schreiben und keine zwei Absätze ordentlich vorlesen können, schreiben blind unter der Bank SMS. Die 12-Jährige spricht akzentfrei Deutsch und kann ebenso gut Italienisch und Türkisch, weil ihre Eltern aus diesen Ländern kommen. Nur ordentlich aufschreiben kann sie das nicht, was sie da sagt. Aber sie wäscht ihre Wäsche selbst, weil die sich bei ihrer Mutter immer verfärbt. Andere Kinder bringen ihre Geschwister morgens in den Kindergarten, müssen auch selbst dafür sorgen, dass sie ihre Schulsachen dabei haben. Dinge, auf die in Mittelstandsfamilien die Eltern achten. Perspektiven bietet diesen bemerkenswert selbstständigen Kindern die Hauptschule nicht. Die Hauptschule ist ein Stigma. Nur eine Minderheit der Abgänger ergattert einen Ausbildungsplatz. Bildungspolitik ist Demokratiepoltik.

Eine steigende Zahl von Kindern wächst in Armut auf. In Berlin lebt jedes fünfte Kind vom Sozialamt. Soziologen reden von der Infantilisierung der Armut und sie wissen, Armut ist erblich. Es ist das Eingeständnis notwendig, dass es eine neue Armut und eine neue Unterschicht gibt, die sich nicht mit den nach Pisa geforderten Strukturreformen selber befreit. Mit ein paar neuen Lehrstühlen für Didaktik ist es da nicht getan. Man wird die Schulen zur Befreiungseinrichtung aus den Milieus der neuen Unterschicht machen müssen. Und die Ganztagschulen werden weniger ein Zugeständnis an die werktätigen Eltern der Mittelschicht als eine Art Internat für Kinder aus Unterschichten und sozialen Randgruppen sein müssen. Die neue soziale Frage braucht auch eine neue schulische Antwort. Die Schule ist ein Ort der Schicksalskorrektur. Sie muss dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft integriert, nicht ausgrenzt.

Und damit sind wir beim ganz Grundsätzlichen. Eine Demokratie, die ein sich verschärfendes Armutsproblem hat, hat ein sich verschärfendes Demokratieproblem. Deutschland ist kein armes Land. Aber es gibt immer mehr Armut in Deutschland. Es ist dies aber eine ganz andere Armut als die im 19. Jahrhundert.

Es gibt keine arme Klasse, kein Proletariat mehr, das sich kämpferisch zusammenschließen könnte. Die Armen von heute verbindet zwar der soziale Status, aber nicht das Milieu. Den Armen von heute fehlt das Sprachrohr, das einst für die Arbeiterklasse die Gewerkschaft war. Ihnen fehlen der Stolz, das Selbstbewusstsein, das Zusammengehörigkeitsgefühl. Jeder ist für sich relativ arm dran. Armut hat heute viele Gesichter. Da ist der arbeitslose Akademiker, da ist der Gelegenheitsarbeiter oder der wegrationalisierte Facharbeiter. Oder die alleinerziehende Mutter, die den Sprung ins Berufsleben nicht mehr schafft. Da sind die schon immer zu kurz gekommenen am Rand der Gesellschaft. Da ist der Diplomingenieur, dem bescheinigt wurde, zu alt zu sein und der nun als Langzeitarbeitsloser auf die Armutsgrenze zurückgefallen ist. Da ist die Supermarktkassiererin auf Stundenbasis. Da ist der überflüssig gewordene Bankangestellte, der

sein Haus verloren hat und nun von ALG II lebt. Da sind die zweihunderttausend geduldeten Ausländer in Deutschland, die, bisher jedenfalls, nicht arbeiten durften und in einem rundum ungesicherten Zustand lebten. Da sind Hunderttausende, ja Millionen der abgehängten Ostdeutschen, die nach der Wende den Weg in die neue Gesellschaft nicht mehr geschafft haben. Da sind die Einwandererkinder, die nicht aus ihrem Ghetto herauskommen. Da sind dreihunderttausend Obdachlose.

Diese relativ Armen haben wenig gemeinsam. Armut ist, wie gesagt, nicht mehr milieubildend. Deshalb hat sie sich bisher auch nicht in eine politische Bewegung übersetzt. In einem der reichsten Länder der Welt wächst die Diskrepanz zwischen Arm und Reich.

Der vormalige Generalbundesanwalt Kay Nehm hat kurz vor Ende seiner Amtszeit in einem Interview vor dem Auseinanderdriften der Gesellschaft gewarnt. Vor einem Auseinanderdriften, das den inneren Frieden gefährden könnte. Die Gefährdung ist real. Es gibt eine Rutsche in die Armut, genannt Hartz IV, und es gibt eine gewaltige Angst davor, dass man sich auf einmal selbst darauf befinden könnte.

Massenarbeitslosigkeit hat die Menschen kleinlaut und unsicher gemacht. Massenarbeitslosigkeit nimmt ihnen den Stolz, den die Armen damals hatten, als sie noch Proletarier hießen und an Marx und Engels glaubten. Damals riefen sie selbstbewusst den Klassenkampf aus, gründeten Gewerkschaften und Sozialdemokratie oder schlossen sich, wenn sie kirchentreu waren, angeführt von Leuten wie dem Gesellenvater Kolping oder dem Mainzer Bischof Ketteler, zu einem Bündnis zusammen, um sich so gegen die demoralisierenden Auswirkungen des Kapitalismus zu wappnen. Das war einmal.

Die einzige Partei, welche die neuen Armen heute bilden, ist die Partei der Nichtwähler. Sie wird immer größer, hat aber keine politische Kraft. Es ist zu befürchten, dass sie exakt deswegen destruktive Energie entwickelt, weil nämlich Demokratie nicht mehr gut funktionieren kann, wenn ein immer größer werdender Teil der Gesellschaft dabei nicht mehr mitmacht. Eine Zweidritteldemokratie ist eine Gefahr für den inneren Frieden. Eine Zweidritteldemokratie kann keine gute Demokratie sein.

Wenn heute der in alten Liedern beschworene „Mann der Arbeit, aufgewacht!“ ist, dann erkennt er nicht mehr seine Macht, sondern seine Ohnmacht. Und es beschleicht ihn das schlimme Gefühl, dass seine Emanzipationsgeschichte nun zu Ende geht. Sie handelt davon, dass der arbeitende Mensch, der in ferner Vergangenheit nur eine Sache, nämlich Sklave war, dann zur Person aufstieg und durch das Arbeitsrecht zum Menschen wurde, der seinen so errungenen Status nicht mehr halten kann. Arbeit hat ihre Kraft und Macht eingebüßt, Arbeitnehmer gibt es fast überall im Überfluss, Arbeitskraft ist nicht mehr nur lokal, sondern global austauschbar. Den alten Gegensatz von Kapital und Arbeit, der das Industriezeitalter gekennzeichnet hat, gibt es immer weniger, weil es immer weniger klassische, auf Herstellung von Gütern ausgerichtete Arbeit gibt. Es gibt daher auch in der Mittelschicht eine Anhäufung von Unzufriedenheit, durchwirkt von Existenzangst. Die innere Gewissheit, dass es in einer Leistungsgesellschaft jeder nach oben schaffen und sich dann auch oben halten kann, wenn er nur begabt und fleißig ist, diese innere Gewissheit ist dahin; auch in einem Teil des Mittelstandes; man frage die Ingenieure von BenQ und ihre Familien.

Die neue Unterschicht wächst. Die Bildungsoffensive der 70er Jahre, als die Kinder kleiner Leute zu Hunderttausenden auf der Strickleiter nach oben kletterten, die ihnen das BAföG knüpfte, diese Strickleiter ist eingezogen. Das Projekt sozialer Aufstieg ist zu Ende. Die deutsche Gesellschaft verändert sich wieder hin

zu einer Klassengesellschaft. Das System ist semipermeabel geworden, das heißt, durchlässig nur noch in eine Richtung, nämlich nach unten.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? In der Massenarbeitslosigkeit zeigen sich die Probleme der Ausgrenzung heute am zahlenmächtigsten. Die Ich-AG steht genau am Beginn der prekären Zone. Das unternehmerische Selbst soll Rettung bringen auch für all diejenigen, die in Gefahr stehen, den Anschluss zu verlieren. Wenn das nicht funktioniert, drohen Sturz in die Apathie und die Hinwendung zum Rechtsextremismus. Aber Exklusion ist kein reines Arbeitsplatzphänomen. Von sozialer Ausgrenzung bedroht sind auch viele Menschen, für die sich die Frage nach Arbeit noch nicht oder nicht mehr stellt, zum Beispiel Kinder und Alte. Es gibt Menschen, die, weil sie Ausländer sind, weil sie keinen Schulabschluss und keine Ausbildung haben, gar nicht erst ins Spiel gekommen sind. Und es gibt solche, die durch bestimmte Umstände aus dem Spiel geflogen sind. Es gibt solche, die überhaupt nichts dafür können und solche, die sehr wohl etwas dafür können.

Die Stärke eines Volks misst sich am Wohl der Schwachen. Verglichen mit dem Elend in Kalkutta oder in Mumbai sind die deutschen Armen komfortabel ausgestattet. Armut ist hierzulande nicht so sehr eine Frage der Kalorien. Hierzulande verhungern die Menschen... nicht. Nur im Winter liest man gelegentlich Meldungen über Menschen, die an der Kälte erfrieren. Das stimmt aber nicht, sie sterben an der Armut. Im Hauseingang, auf der Parkbank, am Rand der Gesellschaft. Es sind wenige, die dort sterben. Einige Millionen Menschen aber leben am Rand dieser Gesellschaft; sie existieren, müssen irgendwie auskommen, mehr recht als schlecht; sie verhungern nicht, sind aber trotzdem arm – weil sie ausgeschlossen sind aus einer Gesellschaft, die sich nur den einigermaßen Situierten entfaltet.

Die Armen in Deutschland sind relativ arm. Daraus ergibt sich das besonders Bittere für die Bedürftigen in Deutschland. Sie haben die Anerkennung ihrer Bedürftigkeit verloren. Deshalb konnte ein Politiker am Rande einer Spendengala für die Opfer der Tsunami-Katastrophe sagen, er könne angesichts des Elends in Thailand das Gejammer der angeblich Armen in Deutschland nicht mehr hören. Deshalb kann so rigoros ins soziale Netz eingeschnitten werden. Deshalb fallen Jugendhilfe, Frauenhäuser und Suchtprävention Sparprogrammen zum Opfer. Deshalb können Vereinfacher so tun, als seien Langzeitarbeitslose an ihrer Situation selber schuld. Und deshalb konnte über Sozialhilfeempfänger so geredet werden, als handele es sich um die Könige der Faulheit, die mittels Umerziehungsmaßnahme, genannt Hartz IV, wieder an das Brot der frühen Jahre gewöhnt werden müssen.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? In einer Gesellschaft, die in immer mehr Teile zerfällt? In einer Exklusionsgesellschaft?

Das Leben beginnt nämlich ungerecht und es endet ungerecht, und dazwischen ist es nicht viel besser. Der eine wird mit dem silbernen Löffel im Mund geboren, der andere in der Gosse. Der eine zieht bei der Lotterie der Natur das große Los, der andere die Niete. Der eine erbt Talent und Durchsetzungskraft, der andere Aids und Antriebsschwäche. Die Natur ist ein Gerechtigkeitsrisiko. Der eine kriegt einen klugen Kopf, der andere ein schwaches Herz. Bei der einen folgt einer behüteten Kindheit eine erfolgreiche Karriere. Den anderen führt sein Weg aus dem Ghetto direkt ins Gefängnis. Die eine wächst auf mit Büchern, der andere mit Drogen. Der eine kommt in eine Schule, die ihn stark, der andere in eine, die ihn kaputt macht. Der eine

ist gescheit, aber es fördert ihn keiner; der andere ist doof, aber man trichtert ihm das Wissen ein. Der eine ist sein Leben lang gesund, die andere wird mit einer schweren Behinderung geboren.

Die besseren Gene hat sich niemand erarbeitet, die bessere Familie auch nicht. Das Schicksal hat sie ihm zugeteilt. Es hält sich nicht an die Nikomachische Ethik. Es teilt ungerecht aus und es gleicht die Ungerechtigkeiten nicht immer aus. Hier hat der Sozialstaat seine Aufgabe. Er sorgt dafür, dass der Mensch reale nicht nur formale Chancen hat. Der Sozialstaat ist, mit Maß und Ziel, Schicksalskorrektor. Er erschöpft sich also nicht in der Fürsorge für Benachteiligte, sondern zeigt auch auf den Abbau der strukturellen Ursachen. Madame de Meuron, die 1980 gestorbene „letzte Patrizierin“ von Bern, sagte einem Bauern, der sich in der Kirche auf ihren Stuhl verirrt hatte: „Im Himmel sind wir dann alle gleich, aber hier unten muss Ordnung herrschen.“ Ist das die Ordnung; die wir uns vorstellen? Die Ordnung, die sich der Sozialstaat vorstellt, ist das nicht.

Ein Teil der Gesellschaft hat sich daran gewöhnt, dass bestimmte Grundrechte als Luxus zu betrachten sind. Der Staat betrachtet sie nicht mehr als Gebot, sondern als Zugabe, die man sich nur in besseren Zeiten leisten könne - und die Zeiten sind nun mal leider nicht so. Ist das die Gesellschaft, in der wir leben wollen?

Das Betreuungsgesetz, eine der größten legislativen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, wird finanziell mehr und mehr ausgehungert sein. „Betreuen statt entmündigen“, war das Motto – ein gutes Motto für Hunderttausende von Menschen. Das neue Recht wollte persönliche Betreuung an die Stelle anonymer Verwaltung und Verwahrung setzen. Es hat das alte Vormundschaftsrecht abgelöst, die Entmündigung abgeschafft und es dem Richter aufgegeben, für die spezifische Erkrankung eine individuelle Betreuungslösung zu finden. Aber: es ist immer weniger Geld dafür da. Ist es womöglich so: Ein Land, das sich vor allem als Wirtschaftsstandort betrachtet, braucht Menschen, die funktionieren und produzieren. Tun sie das nicht, dann sollen sie nicht auch noch hohe Kosten verursachen...

Muss man sich schon fragen, wie weit es eigentlich von der Entsorgung des Betreuungsrechts noch bis zur Entsorgung des Betreuten ist? Bei Aldous Huxley, in seiner *Schönen Neuen Welt*, wird beschrieben, wie altgewordene Menschen in Kliniken entsorgt werden. Sie werden „abgeschaltet“ wie alte verrostete Maschinen. Kinder werden regelmäßig in diese Entsorgungskliniken geführt und dort mit Schokolade gefüttert, damit sie sich an den Vorgang des Abschaltens gewöhnen und für sich akzeptieren lernen, dass Leben technisch produziert und technisch beendet wird.

Haben wir womöglich diesen Weg schon eingeschlagen? Entspricht er der Reproduktionsmedizin und der pränatalen Diagnostik, die am Beginn des Lebens sortiert, kontrolliert und entsorgt, weil die Mechanisierung des Todes am Ende des Lebens, die gleichfalls sortiert, kontrolliert und gegebenenfalls auch entsorgt? Schlägt so die allgegenwärtige Marktökonomie in das menschliche Leben zurück, indem sie es zunehmend als Produkt betrachtet, das der Kontrolle der Überprüfung, der Herstellung und Entsorgung bedarf?

Velma Wallis, eine Frau, die in einer Familie mit dreizehn Kindern in Alaska aufgewachsen ist, erzählt eine alte indianische Legende, die sie von ihrer Mutter erzählt bekommen hat. *Zwei alte Frauen* heißt ihr Buch,

Untertitel „eine Legende von Verrat und Tapferkeit“. Ich erzähle Ihnen diese Geschichte, weil Geschichten nicht nur für Kinder lehrreich sind. In einem strengen Winter hoch oben im Norden Alaskas wird ein Nomadenstamm der Athabasken von einer Hungernot heimgesucht. Das Verlassen des Winterlagers und die Suche nach neuer Nahrung sollen einen Ausweg bieten. Wie es das Stammesgesetz vorsieht, beschließt der Häuptling, zwei alte Frauen als unnütze Esser zurückzulassen. Keiner wagt es, dagegen aufzubegehren, nicht einmal die Tochter der einen; auch sie muss sich bestürzt dem Beschluss beugen.

Als die beiden Frauen allein und verlassen in der Wildnis auf sich gestellt sind, geschieht das Erstaunliche: Statt aufzugeben, finden sie den Willen und den Mut, sich der Herausforderung zu stellen. Der anfängliche Zorn weicht dem puren Willen zum Überleben. Nach und nach erinnern sie sich der Fähigkeiten, die sie früher einmal besessen, die sie aber im Laufe der Jahre vergessen hatten, als die Jüngeren die Nahrungsbeschaffung übernahmen. Am Schluss ist es dann so, dass der Stamm am Verhungern ist und auf die Hilfe der ausgestoßenen alten Frauen angewiesen, die geschickt vorgesorgt und ein Vorratslager angelegt haben.

Märchen oder nicht – es ist eine Geschichte, die vom Wert der Erfahrung der Alten erzählt, es ist auch eine Geschichte gegen den Jugendlichkeitswahn, sozusagen eine alte Version des Fernsehfilms *Der große Bellheim* mit Mario Adorf. Die Moral von der Geschichte: Unterschätzt die Alten nicht.

Es geht um das Bild der Gesellschaft von morgen. In zwanzig Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Die Sozialsysteme werden dann aufs Äußerste strapaziert. Das ist seit vielen Jahren bekannt. Aber wie wird sich das Lebensgefühl ändern? Was bedeutet es für die Verteilungsdebatte in der Bundesrepublik, wenn mehr als ein Drittel der Einwohner über sechzig Jahre alt ist? Werden die Jungen grausame Altenwitze machen, um sich zumindest verbal dafür zu rächen, dass so viele Alte so alt werden? Wer wird uns anlächeln, wenn wir achtzig sind? Man gehe auf die Straßen und zähle die wenigen Kinder.

Der Feuilletonist in meiner Zeitung, der *Süddeutschen Zeitung*, schrieb dazu: „Wir werden die Welt hässlich machen, wenn wir lebensgierige alte Säcke geworden sind.“

Lebensgier? Da übertreibt der Feuilletonist. Er sollte sich mal in den Alten- und Pflegeheimen umschauen, wie es dort mit der Lebensgier aussieht. Ist es Lebensgier, etwas dagegen zu haben, dass alte Menschen nach Schema F in der geschlossenen Anstalt verschwinden? Ist es Lebensgier, wenn ein alter Mensch etwas dagegen hat, dass ihm Bauchgurte angelegt werden, nur damit er aus dem Weg ist? Ist es Lebensgier, wenn man am Lebensabend ein Leben in Würde führen will? Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen. Das gilt nicht nur in der Schweiz.

Nun eine zweite Geschichte, auch eine aus alten Tagen, überliefert von den Brüdern Grimm. Die Geschichte geht so:

Es war einmal ein steinalter Mann, dem waren die Augen trüb geworden, die Ohren taub, und die Knie zitterten ihm. Wenn er nun bei Tische saß und den Löffel kaum halten konnte, schüttete er die Suppe auf das Tischtuch, und es floss ihm auch etwas wieder aus dem Mund. Sein Sohn und dessen Frau ekelten sich davor, und deswegen musste sich der alte Großvater endlich hinter den Ofen in die Ecke setzen, und sie gaben ihm sein Essen in ein irdenes Schüsselchen und noch dazu nicht einmal

satt; da sah er betrübt nach dem Tisch, und die Augen wurden ihm nass. Einmal auch konnten seine zitterigen Hände das Schüsselchen nicht festhalten, es fiel zur Erde und zerbrach. Die junge Frau schalt, er aber sagte nichts und seufzte nur. Da kaufte sie ihm ein hölzernes Schüsselchen für ein paar Heller, daraus musste er nun essen. Wie sie da so sitzen, so trägt der kleine Enkel von vier Jahren auf der Erde kleine Brettlein zusammen. „Was machst du da?“ fragte der Vater. „Ich mache ein Tröglein“, antwortete das Kind, „daraus sollen Vater und Mutter essen, wenn ich groß bin.“ Da sahen sich Mann und Frau eine Weile an, fingen endlich an zu weinen, holten alsfort den alten Großvater an den Tisch und ließen ihn von nun an immer mitessen, sagten auch nichts, wenn er ein wenig verschüttete.

Es geht in beiden Geschichten um den Umgang der Generationen miteinander. Diese Geschichten sind wichtig, weil sie eine Lehre haben, die für unsere Gesellschaft ebenso aktuell wie tröstlich ist. Wir stehen, wie gesagt, an der Schwelle zu Verteilungskämpfen nicht mehr nur zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen Jung und Alt.

Man spart (Umbau des Sozialstaats heißt das) auch und besonders bedenkenlos bei denen, die sich nicht wehren können – in diesem Fall bei den 1,1 Millionen Menschen, die so alt, gebrechlich oder psychisch so schwer erkrankt sind, dass sie wie das Betreuungsgesetz es formuliert, „ihre Angelegenheiten nicht mehr selbst besorgen können“.

Dieses seinerzeit hochgelobte Gesetz hat 1992 das Vormundschaftsrecht abgelöst, um, wie erwähnt, persönliche Betreuung an die Stelle anonymer Verwaltung und Verwahrung zu setzen. In der Praxis war und ist das ohnehin nicht so leicht. Immer noch gibt es Zigtausend von gebrechlichen und behinderten Menschen, die ohne rechtliche Legitimation mit Medikamenten ruhig gestellt oder ans Bett gefesselt werden – aus Personalmangel und Gedankenlosigkeit. Zugegeben: Die neuen Paragraphen sind ziemlich kompliziert, weil sie verhindern wollen, dass mit alten Menschen umgegangen wird wie mit ausrangiertem Mobiliar. Die Pflege stand und steht aber in Gefahr, im gut gemeinten Paragraphenwerk zu ersticken. Die Justizminister gehen aber nicht etwa daran, das in seinem Kern höchst respektable Betreuungsgesetz fachmännisch zu reparieren. Sie machen es vielmehr funktionsuntüchtig, indem sie es austrocknen.

Vor gut 18 Jahren habe ich, damals war ich bayerischer Richter, die Justiz verlassen und bin Journalist geworden. Kurz darauf habe ich meinen ersten Leitartikel in der SZ geschrieben – das ist in meinem Metier so eine Art Ritterschlag. Dieser Leitartikel handelte, im weitesten Sinn von unserem Thema. Er hieß: Betreuen statt entmündigen. Mit diesem Leitartikel begann sozusagen meine Vita als politischer Journalist – und das macht mich denen, die das angeht, verbunden.

Dieser Leitartikel von 1988 begann so: „Noch immer gibt es archaisches Recht in der Bundesrepublik Deutschland. Da sind Menschen, die ein Leben in Pflichterfüllung gelebt haben. Und dann schließen wir sie aus: Sie dürfen nicht mehr wählen. Sie dürfen nicht mehr heiraten. Das Testament, das sie schreiben, ist unbesehen ungültig. Nicht einmal über Taschengeld lassen wir sie verfügen; denn das Gesetz macht selbst den Kauf von Kaffee und Kuchen unwirksam. Wir murmeln ‚altersschwach‘ oder ‚ausgeklinkt‘ und ziehen diese Menschen aus dem Verkehr, lösen ihre Wohnungen auf, verfrachten sie in Heime. Gar nicht selten bleiben sie so am Leben: am Fuß angebunden bei Tag, im Bett festgeschnallt bei Nacht. Am Türschild steht dann ‚Psychiatrie‘ und in den juristischen Lehrbüchern

„rechtliche Grauzone“. Das Unglück solcher Menschen aber inserieren wir als amtliche Bekanntmachung in der Zeitung: „NN, geb. am, wegen Trunksucht auf seine Kosten entmündigt. 28. April 1988 Das Amtsgericht.“ Die Rede ist vom geltenden Vormundschaftsrecht.

Und deshalb habe ich damals, und in den nachfolgenden Jahren, immer wieder das neue Gesetz begrüßt. Das neue Betreuungsrecht ist ein flexibles System, das es dem Richter aufgibt, in jedem Einzelfall für die spezifische Erkrankung eine individuelle Betreuungslösung zu finden. Es könnte eine der großen rechtspolitischen Leistungen der letzten Jahrzehnte werden. Der Weg von der anonymen Vormundschaftsverwaltung hin zur persönlichen Betreuung erfordert nicht nur Paragraphen, nicht nur Geld, sondern auch qualifizierte Betreuer. Bislang fanden sich viel zu wenig Menschen bereit, Behinderten zu helfen. Für die Umsetzung des Reformvorhabens wird daher entscheidend sein, ob der Geist der Reform die Bereitschaft zum Helfen wecken kann.

Ich zitiere diese alten Sätze deshalb so ausführlich, weil sich in diesen Passagen die hohen Erwartungen, ja eine gewisse Euphorie von damals widerspiegeln – und weil man mit der Messlatte von damals gut prüfen kann, was daraus geworden ist. Was ist daraus geworden?

Selten wurde ein Gesetz so gelobt, und selten ist ein Gesetz so grandios gescheitert. Es fehlt am politischen Willen zur Umsetzung der neuen Vorschriften – die Spardebatte kommt da gerade recht. Man bat eine aufwendige Reform Gesetz werden lassen, mag aber kein Geld dafür ausgeben. So wird ein Recht zerstört, das anscheinend bereits wenige Jahre nach seiner Verabschiedung nicht in die Zeit passt.

Eine wirkliche, eine gute Reform: Es würde dabei darum gehen müssen, statt einer rechtlichen, eine soziale Betreuung aufzubauen und die finanziellen Mittel anders einzusetzen: Bisher frisst der Justizbetrieb das Geld auf, weil Richter die Betreuer auf Schritt und Tritt kontrollieren sollen. Eine Reform müsste die Aufgabenverteilung zwischen Gericht und Betreuungsbehörde neu ordnen: Das Gericht sollte die Betreuung nur installieren, aber nicht mehr im Detail organisieren. Das Recht soll die Pflege (vor allem die in der Familie!) nicht mehr im Paragraphenwust ersticken. Indes: Eine solche Reform ist leider nie wirklich versucht worden.

In welchem Land, in welcher Gesellschaft wollen wir leben? Seit einiger Zeit ist das Zuwanderungs- und Integrationsgesetz in Kraft. Es ist gut, dass wir dieses Gesetz haben. Es sollte, so wurde es einst angekündigt, einen großen Teppich weben, einen Teppich, auf dem Integration stattfinden kann. Nun ist eine Art Topflappen daraus geworden. Aber was hätte der größte und schönste Teppich, wenn die Gesellschaft nicht bereit ist, ihn auszurollen. Diese Bereitschaft kann man nicht durch Gesetz verordnen. Sie muss wachsen. Wir reden leider fast ausschließlich über die Probleme der Einwanderung. Aber innere Sicherheit ist nicht alles. Eine Politik, die Einwanderer vor allem und ausschließlich als Störer begreift, die die Furcht vor anderen Kulturen weckt, statt sich über den Mehrwert zu freuen und ihn zu nutzen, schadet letztlich auch der inneren Sicherheit.

Die Reichtümer und Schätze, die Deutschland durch Zuwanderung gewonnen hat, ich meine damit weniger Monetäres als Kulturelles, diese Reichtümer und Schätze also machen sich viele gar nicht bewusst. Multikultur schmeckt hierzulande allen, aber nur, solange man sie essen kann. Wäre der

Umsatz der ausländischen Gaststätten in Deutschland ein Gradmesser für die Integration der Ausländer, es könnte bessere Werte kaum geben. Integration ist aber nicht die Addition aller Döner-Buden in den deutschen Fußgängerzonen. Integration ist nicht das Hineinstopfen von Dingen, die einem schmecken, und mehr als die Annahme von Leistungen, die man gerade braucht.

Als ich Jura studiert habe und wir im strafrechtlichen Seminar die Probleme erörtert haben, die sich beim Diebstahlsparagrafen im Strafgesetzbuch ergeben, da sagte mein Professor über einen Dieb, der Nahrungsmittel stiehlt und sie an Ort und Stelle verputzt, den schönen Satz: Die Inanspruchnahme ist die intensivste Form der Ansichnahme. Würde dieser Satz auch für Einwanderungsgesellschaften gelten, dann wären wir schon erheblich weiter. Einwanderung darf aber nicht nur in Gaststätten und Einwohnermeldeämtern stattfinden, Aneignung von Einwanderung sieht anders aus. Sie findet statt an den Schulen, sie zeigt sich auch in Lehrplänen aller Schularten, in den Schulbüchern, sie zeigt sich auf den Spielplänen der Theater.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Leitkultur in Deutschland sollte eine Kultur des Zusammenlebens sein. Sie heißt Demokratie, sie heißt Rechtsstaat, sie heißt Sozialstaat, sie heißt Grundrechte. Das klingt simpel, aber der Alltag zeigt, dass es so simpel nicht ist. Diese Leitkultur fordert viel, nämlich Toleranz von beiden Seiten, von Alt- und Neubürgern – und führt dann zur Integration. Toleranz bedeutet mitnichten, dass jeder machen kann, was er will. Toleranz heißt auch nicht Beliebigkeit, heißt nicht, dass man für alles Verständnis haben soll. Toleranz ist nichts Schrankenloses. Sie kann nur innerhalb klar definierter Grenzen existieren. Wenn diese Grenzen nicht gesetzt werden, wird aus Wohltat Plage. Aber innerhalb dieser Grenzen gibt es natürlich Multikulturalität. Und wer sagt, dass sich Multikulturalität, Demokratie und Rechtsstaat nicht vertragen, der ist töricht und der verzichtet auf eine Quelle des Reichtums dieser Gesellschaft.

Meine Damen und Herren,

Die deutsche Gesellschaft schmückt sich immer noch mit dem Prädikat Leistungsgesellschaft. Aber das ist eine Selbsttäuschung. Es stimmt nämlich nicht mehr, dass es jeder schaffen kann, wenn er nur fleißig und begabt ist. Exklusion ist ein Substanzproblem für die Demokratie geworden. Wenn Millionen Menschen am Rand der Gesellschaft leben und nur noch abwinken, wenn es um Politik geht, wenn sie sich ausklinken, wenn sie zu Dauer-Nichtwählern werden, dann hat die relative Armut eine relative Demokratie zur Folge.

Sozialpolitik gewinnt daher ein ganz neues, ein ganz besonderes Gewicht. Sozialpolitik wird zur Basispolitik der Demokratie. Sozialpolitik muss viel mehr sein, viel mehr als die Fortsetzung von Notstandsküchen oder Armuts- und Armenfürsorge. Andererseits ist sie natürlich auch nicht dafür da, einen bestimmten hohen Lebensstandard zu sichern. Moderne Sozialpolitik sorgt aber dafür, dass jeder Mensch in diesem Land, dass jeder Mensch in diesem Land Bürger sein kann. Sozialpolitik gibt ihm Grundsicherung und Grundsicherheit.

Seine Freiheitsrechte, seine politischen Rechte, brauchen ein Fundament, auf dem sie sich entfalten können. Die Bürger einer Demokratie brauchen also wirklich Ausbildung und Auskommen, sie

brauchen eine leidlich gesicherte ökonomische Existenz, sie müssen frei sein können von existenzieller Angst und Not. Wer Angst hat, kann nicht Bürger sein.

Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen.

Dr. jur. Heribert Prantl leitet die innenpolitische Redaktion der Süddeutschen Zeitung